

Juli 2008
Ausgabe 11
16. Legislatur

Südwest Grün

Rundbrief der baden-württembergischen
Grünen im Bundestag

Liebe Freundinnen und Freunde,

auch wenn "sitzungsfrei" nicht Urlaub bedeutet und viele Abgeordnete gerade den Sommer zu Präsenz vor Ort nutzen - der Bundestag hat mit seiner gerade beendeten letzten Sitzungswoche Kurs auf die Sommerpause genommen. Bei der strauchelnden Koalition und vielen nervösen CDU- und SPD-Abgeordneten kann man sich auf ein munteres Sommertheater einstellen.

Als letzte Tat vor der Sommerpause hat die Koalition den Regierungsentwurf des Bundeshaushaltes präsentiert, der uns dann im Herbst im Bundestag intensiv beschäftigen wird. Auch da erleben wir: Die „Große“ Koalition mogelt sich mehr schlecht als recht durch. Neue Impulse für das Land und die Menschen: Weitestgehend Fehlanzeige!

Um zu zeigen, dass es dennoch ernsthafte Politik und konstruktive Sacharbeit gibt, findet ihr in dieser Ausgabe von SÜDWESTGRÜN wieder einen Einblick in grüne Parlamentsarbeit und aktuelle Berichte aus den Ausschüssen des Bundestages.

Viel Spaß beim Lesen und euch allen einen erholsamen Sommer!

Euer Alex Bonde

Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg



In dieser Ausgabe:

Kerstin Andreae
Seite 2

Biggi Bender
Seite 4

Alex Bonde
Seite 6

Uschi Eid
Seite 8

Winne Hermann
Seite 10

Sylvia Kotting-Uhl
Seite 12

Fritz Kuhn
Seite 14

Gerhard Schick
Seite 16

Impressum
Seite 18



Kerstin Andreae

Mitglied Wirtschaftsausschuss



Die Gunst der Stunde nutzen – Gründung einer deutschlandweiten Netz AG

Seite 2

Seit dem 28. Februar 2008, dem Tag, an dem E.on bekannt gab, dass es sein Übertragungsnetz und Teile seiner Energieerzeugungskapazitäten verkaufen will, ist Bewegung in die deutsche Energielandschaft gekommen. Bis dahin hatten die Bundesregierung und die vier großen Energiekonzerne (E.on, RWE, Vattenfall, EnBW) die Initiative der EU-Kommission, den Wettbewerb im europäischen Energiemarkt durch Entflechtung zu stärken, torpediert. Mittlerweile hat RWE angekündigt, sein Gasnetz zu verkaufen, und Vattenfall zeigt sich offen für die Aufgabe seines Stromnetzes.

Wirtschaftsminister Glos lässt sich davon nicht weiter irritieren. Er kämpft nach wie vor konsequent insbesondere gegen das *ownership unbundling*, die eigentumsrechtliche Trennung von Erzeugung und Übertragungsnetz. Die Begründung: Die eigentumsrechtliche Entflechtung bringe nicht mehr Wettbewerb, nicht mehr Effizienz und die Energiepreise würden für die Stromkunden auch nicht sinken. Deshalb entwickelte der deutsche Wirtschaftsminister gemeinsam mit Frankreich den sogenannten dritten Weg, dem sich auch sechs weitere EU-Länder anschlossen. Jetzt nennt er sich leicht modifiziert „vierter Weg“.

Dabei ist die Idee, innerhalb der Konzerne die Netzsparten stärker abzutrennen, ohne sie zu verkaufen, mit dem zum Verkauf stehenden E.on - Übertragungsnetz längst hinfällig geworden. Im Gegenteil - man sollte die Gunst der Stunde nutzen und die anderen Energiekonzerne dazu bewegen, ein deutschlandweites Übertragungsnetz in einer Hand zu formen.

Die Zusammenführung der vier Übertragungsnetze in eine Netz AG wird mit Sicherheit Synergie- und Effizienzgewinne erbringen. Sie ist für die Gesamtversorgung, den Stromtransit über die Landesgrenzen sowie Drittkunden von Vorteil.

Die Trennung von Erzeugung und Übertragungsnetz wird Anreize setzen, die Grenzkuppelstellen auszubauen und Netzengpässe zu vermeiden. Verblüffenderweise fordert dies nun auch der Vorsitzende des Vorstands der E.on AG Wulf Bernotat.

Wenn die Bundesregierung die Chance der Umstrukturierung des deutschen Energiesektors aufgreift, dann sind jetzt für die Käufer und späteren Betreiber einer Netz AG Kriterien zu entwickeln und Zielvorgaben für eine zukünftige Energiepolitik zu formulieren.

Zu den Zielen gehören der Ausbau Erneuerbarer Energien, mehr Wettbewerb, die Versorgungssicherheit und ein europäischer Energiebinnenmarkt. Diese Ziele erfordern die Sicherstellung transparenter, kosteneffizienter und fairer Zugangsbedingungen für *alle* Energieerzeuger, die Sicherstellung eines technisch einwandfreien Zustands der Leitungen, Trassen, Masten, sowie der Regelungstechnik und Anschlussstellen, Investitionen in den Kapazitätsausbau der Netze sowie der Grenzkuppelstellen. Der Kapazitätsausbau ist dringend geboten, um die Ziele 25% Kraft-Wärme-Kopplung und 30% Erneuerbare Energien am Energiemix bis 2020 zu erreichen.

Da Energienetze heute eine der Lebensadern moderner Volkswirtschaften und gleichzeitig ein natürliches Monopol sind, sind sie für alle Volkswirtschaften von strategischer Bedeutung. Somit wird auch eine zukünftige Netz AG reguliert werden müssen, damit Anreize für die Instandhaltung der Netze gegeben sind. Gleichzeitig kann sie aber auch ein Hebel für den Umbau des Energiesystems sein – hin zu einer CO₂-armen Ökonomie.

Aus diesen strategischen Gründen ist ein ordnungspolitisch starker Staat nötig, der vernünftig mit potenziellen Investoren in einer Netz AG zusammen arbeitet und die richtigen Regeln setzt.

Dazu bedarf es Know-how, das derzeit bei den heutigen Netzeigentümern liegt, Kapital und Verantwortungsbewusstsein. Um jedoch den Widerspruch zwischen dem notwendigen kapitalintensiven Umbau des Energiesystems und kurzfristiger Renditemaximierung zu lösen, ist es sinnvoll, wenn der Staat sich an der Netz AG beteiligt. In dieser Mischform wird das öffentliche Interesse mit einem marktwirtschaftlichen Anreizsystem verbunden - in einer privatwirtschaftlichen Rechtsform. Die öffentliche Hand bringt mit einer – durchaus denkbar ist eine knappe - Anteilsmehrheit in den Aufsichtsgremien der Gesellschaft langfristige Ziele ein.

Wenn sich der Staat private Partner sucht, halten sich dabei auch seine Kosten im Rahmen. Zudem werden sie über die sichere Netzrendite langfristig refinanziert. Denn Mondpreise werden die Netzverkäufer nicht verlangen können, wenn die Käufer die künftigen regulatorischen Rahmenbedingungen ihrer Kalkulation zugrunde legen. Eine zweckbezogene Anleihe auf Zeit wäre daneben auch ein attraktives Wertpapier für Bürgerinnen und Bürger, die die Energiewende fördern wollen.

Zur Stärkung des Wettbewerbs müssten die anderen Investoren kapitalstark, selbst nicht Energieerzeuger, aber branchenerfahren und nicht renditehungrig, sondern an einer konstanten, vergleichsweise moderaten Rendite interessiert sein. Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht dürfen die potenziellen privaten Investoren keinen strategischen Einfluss auf das zukünftige Unternehmen gewinnen.

Die Weichen für den Umbau des Energiesystems können jetzt gestellt werden. Deshalb haben Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag ein Konzept für die deutschlandweite Netz AG entwickelt.

Die Regulierung durch die Bundesnetzagentur reicht nicht aus, um die Netze und den Wettbewerb voran zu bringen. Der Informationsstand der Netzbetreiber ist immer größer als der der Regulierungsbehörde. Warum nicht gleich den Hebel für öffentliche Kontrolle dort ansetzen, wo die Informationen aus erster Hand fließen?

Bei der Bahn weisen Bündnis 90 /Die Grünen schon lange darauf hin, dass die Privatisierung des Schienennetzes auf Kosten des Wettbewerbs gehen würde. Das ist auch beim Strom richtig: Privatinteressen von Energieerzeugern dürfen nicht dominieren. Die öffentlichen Interessen müssen direkt im Unternehmen verankert werden. Deshalb brauchen wir eine einheitliche Netzgesellschaft als Joint-Venture mit Investoren, die selbst bisher keine Erzeugerinteressen haben. Mit dieser Netzgesellschaft öffnen wir den Stromsektor endlich für einen echten Wettbewerb mit dem Ergebnis eines modernen, leistungsstarken, zukunftsfähigen und innovativen Marktes.



Biggi Bender

Mitglied Ausschuss für Gesundheit und Soziales



Gesundheitspolitische Konflikte in Deutschland und Europa

Seite 4

Gesundheitspolitik der Großen Koalition verunsichert

Die Große Koalition ist mit dem Versprechen angetreten, die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens durch stabile Finanzstrukturen zu sichern. Dabei war den Koalitionären bereits 2005 klar, dass sich dieses Vorhaben als besonders schwierig herausstellen sollte. Die Grundkonzepte beruhen auf einem Bürgerversicherungsmodell (SPD) und der „solidarischen Gesundheitsprämie“ (CDU und CSU). Herausgekommen ist der Gesundheitsfonds, das Kernstück des sogenannten GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes. Der Gesundheitsfonds ist eine Fehlkonstruktion und trägt zu einer massiven Verunsicherung der Akteure des Gesundheitswesens bei.

Er wird höhere Beiträge nach sich ziehen und das Gesundheitswesen lähmen. Privatversicherte werden in den Gesundheitsfonds nicht einbezogen, die Bemessungsgrundlage für die Krankenversicherungsbeiträge wird nicht verbreitert. Der Solidarausgleich findet damit auch weiterhin nur zwischen Durchschnitts- und Geringverdienern statt. Ausschließlich Erwerbseinkommen aus abhängiger Beschäftigung und Erwerbseinkommen werden belastet, Kapitaleinkünfte bleiben auch künftig weitgehend beitragsfrei. Um den in Zukunft staatlich festgelegten Einheitsbeitrag gibt es schon jetzt Konflikte in der großen Koalition. Die Union hat angekündigt, den Einheitsbeitrag möglichst gering zu halten. Sie will den Wettbewerb um die kassenindividuellen Zusatzbeiträge ankurbeln. Die SPD setzt auf niedrige Zusatzbeiträge, was im Umkehrschluss bedeutet, den Einheitsbeitrag möglichst hoch anzusetzen. Beide Strategien laufen letztendlich ins Leere. Sind die Beiträge zu hoch, werden Gelder verschwendet, sind sie zu niedrig, entsteht eine Finanzierungslücke.

Dass der Gesundheitsfonds eine politische und handwerkliche Fehlkonstruktion ist, bekommen jetzt auch die Länder und Regionen zu spüren. Im Gesetzgebungsverfahren hatten die unionsregierten Bundesländer durchgesetzt, dass sich die mit der Einführung des Gesundheitsfonds verbundenen finanziellen Be- und Entlastungen für die in einem Land tätigen Krankenkassen in jährlichen Schritten von höchstens 100 Millionen Euro aufbauen (Konvergenzklausel). Baden-Württemberg, so die Prognose eines Gutachtens führender Gesundheitsökonomien, könnte zu den Bundesländern zählen, die Geld verlieren. Das Ausgabenniveau der Krankenkassen ist in Baden-Württemberg vergleichsweise hoch. Durch den in Zukunft staatlich festgelegten Einheitsbeitrag könnten die Kassen weniger Einnahmen erzielen als bislang. Die Folge: Entweder sie nutzen das Instrument hoher Zusatzbeiträge, oder sie sparen bei den Leistungserbringern (z.B. Ärztehonorare). Höhere Zusatzbeiträge würden die Versicherten einseitig belasten, da sie vollständig von den Versicherten (nicht von den Arbeitgebern) getragen werden müssten. Im Fall der Absenkung von Ärztehonoraren sind heftige Auseinandersetzungen vorprogrammiert.

Mit dem Verwirrspiel muss endlich Schluss sein! Nicht nur in Deutschland, sondern auch auf EU-Ebene gibt es gesundheitspolitischen Zündstoff, wie das Beispiel Arzneimittelinformationen für PatientInnen zeigt.

Keine Werbung für verschreibungspflichtige Arzneimittel

Am 20. Dezember 2007 veröffentlichte die Kommission der Europäischen Gemeinschaft eine Mitteilung über die gegenwärtige Praxis von Arzneimittelinformationen für PatientInnen. Zur Vorbereitung einer Änderung der Arzneimittelrichtlinie führte die EU-Kommission bis zum 7. April 2008 ein öffentliches Anhörungsverfahren durch.

Ein zentrales Element der dort vorgeschlagenen Eckpunkte sieht als Neuerung vor, dass die Pharmaindustrie zukünftig Informationen über verschreibungspflichtige Medikamente in Internet, Fernsehen, Rundfunk und Printmedien sowie auf durch ÄrztInnen verteiltem Material weitergeben darf. Für Oktober 2008 wird ein konkreter Formulierungsvorschlag zur Änderung der EU-Arzneimittelrichtlinie erwartet, der, wenn er von den Gremien der EU angenommen wird, in deutsches Recht zu übernehmen ist.

Die Werbung für verschreibungspflichtige Arzneimittel ist verboten und sollte es auch bleiben. Da eine klare Trennung zwischen Information und Werbung kaum möglich sein dürfte, ist der Vorschlag der EU-Kommission eine Aufweichung des Werbeverbots durch die Hintertür. Dies sehen nicht nur wir Grünen so, sondern auch eine überwältigende Mehrheit der deutschen und europäischen gesundheitspolitischen Akteure.

Im Vordergrund der Kritik steht die Annahme der Kommission, dass eine trennscharfe Unterscheidung zwischen ergebnisoffener und neutraler Information sowie beeinflussender Werbung möglich ist. Selbst wenn dies theoretisch gelingen sollte, dürfte in der Praxis das Interesse der Hersteller, den Absatz zu steigern, überwiegen und immer wieder zu Versuchen führen, die Grenzziehung zu testen, zu verschieben oder zu überschreiten.

Ich begrüße, dass die Bundesregierung sowohl in ihrer Stellungnahme als auch in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage (Drs.-Nr. 16/9031) den Vorschlag der EU-Kommission, die Arzneimittelrichtlinie zu verändern und der Pharmaindustrie die Patienteninformation bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln zu ermöglichen, kritisch beurteilt. Jetzt muss die Bundesregierung handeln und ihren Einfluss in der EU geltend machen, dass die Vorschläge der EU-Kommission nicht umgesetzt werden.

Ebenso notwendig ist der Ausbau einer qualitativ hochwertigen unabhängigen Patienteninformation in Deutschland. Die Regierung sollte für einen zügigen Ausbau des Bundes-Portals PharmaNet sorgen, damit Informationen, wie z.B. Packungsbeilagen, einfach und für Jede und Jeden zugänglich werden. Darüber hinaus bedarf es einer Aufbereitung der Informationen, um die Verständlichkeit für PatientInnen zu erhöhen. Bestehende, qualitativ hochwertige und unabhängige Informationsangebote müssen von der Bundesregierung unterstützt und bekannt gemacht werden.



Alex Bonde

Mitglied Haushaltsausschuss



Haushalt 2009: Schwarz-Rot murkst weiter...

Seite 6

Die Verhandlungen über den Bundeshaushalt 2009 stehen auf der parlamentarischen Ebene kurz bevor. Am 2. Juli beschließt das Bundeskabinett seinen Entwurf. Direkt im Anschluss wird Bundesfinanzminister Steinbrück den Regierungsentwurf des Haushalts 2009 dem Haushaltsausschuss erläutern und in einer Sondersitzung Rede und Antwort stehen. Im September wird dann mit der Einbringung und ersten Lesung im Bundestag die parlamentarische Beratung beginnen. Aus dem Regierungsentwurf wird aber bereits im Juli ablesbar sein, was das neue Haushaltsjahr bringen und welche finanziellen Schwerpunkte die schwarz-rote Koalition legen wird. Wir sind darauf mehr als gespannt, denn aus haushaltspolitischer Sicht werden die kommenden Verhandlungen nicht einfach.

Erstens gibt es ein Missverhältnis zwischen Ausgabenwünschen und Konsolidierungsanspruch der Koalition. Mit Blick auf die dreiprozentige Mehrwertsteuererhöhung, die brummende Konjunktur mit einem Wachstum von rund drei Prozent in 2006 und 2007 und mit Blick auf die dadurch sprudelnden Steuereinnahmen und der sinkenden Arbeitslosigkeit kann es kaum günstigere Zeiten für das Ziel eines Haushaltsausgleichs geben. Jetzt, da sich abzeichnet, dass sich die konjunkturelle Hochphase abschwächt, ist es geradezu fahrlässig, nicht rechtzeitig Vorsorge für schlechtere Zeiten zu treffen. Gleichzeitig werden die Ausgaben hochgefahren. Neben diversen Ausgabenprogrammen spürt Steinbrück den Druck seiner Kabinettkollegen, sie an den hohen Steuereinnahmen zu beteiligen. So, wie sich die die Lage derzeit darstellt, erhalten die Fachminister zwar die geforderten Mittel für ihre Häuser nicht in voller Höhe, aber es ist eine Summe von 450 Mio. Euro zusätzlich im Gespräch, die die Kompromisslinie zwischen Bundesfinanzminister Steinbrück und seinen Ressortkollegen ausweist.

Zweitens stecken auch im kommenden Regierungsentwurf - das können wir heute schon sagen - immense Finanzrisiken. Für den Finanzplanungszeitraum bis 2011 schlummern Risiken von bis zu 75 Milliarden Euro im Haushalt. Die wichtigsten Posten sind dabei die derzeitige Finanzkrise, die sich künftig noch in Höhe von bis zu 7,5 Milliarden auf den Bundeshaushalt auswirken kann, die Kindergelderhöhung bis zu 9 Milliarden Euro und die Aussetzung des Riester-Faktors in Höhe von bis zu 7 Milliarden Euro. Diese und weitere Posten finden bei den laufenden Haushaltsverhandlungen keine Berücksichtigung und werden zu einem späteren Zeitpunkt die Kalkulationen durcheinanderbringen. Da wird sich zeigen, wie solide die Haushaltspolitik der schwarz-roten Koalition wirklich gestrickt ist, wenn es darum geht diese Löcher auch wieder zu stopfen. Es steht zu befürchten, dass die Haushaltslöcher erst nach dem Oktober 2009 thematisiert werden. Bis dahin wird die schwarz-rote Koalition alles tun, um den Haushalt so zu frisieren, dass man in Zeiten des Wahlkampfes gut da steht. Erst im Anschluss an die Bundestagswahl wird die krude Haushaltsführung sichtbar werden.

Wir Grünen haben es mit dem Zukunftshaushalt 2008 und seiner Projektion bis 2011 vorgemacht, wie beides zu schaffen ist – ein ausgeglichener Haushalt und Investitionen in die Zukunft. Die Kombination dieser zwei Ansprüche an eine nachhaltige Haushaltspolitik ist möglich, weil unsere grünen vorgeschlagenen Prioritäten bislang allesamt gegenfinanziert sind. Trotz deutlicher und kostenträchtiger Schwerpunkte in den Bereichen Verbesserung der sozialen Grundsicherung, Klimaschutz, Bildung und Forschung, Kinderbetreuung sowie Entwicklungszusammenarbeit wird ein beschleunigter Konsolidierungspfad eingehalten. Auf diese Weise ist eine nachhaltige Haushaltspolitik für alle Generationen machbar.

Ländlicher Raum: von Milchbauern und Bienen

Die Industrialisierung der Landwirtschaft und das Setzen auf „groß, billig und mit viel Chemie“ führt in die Sackgasse. Das machte zuletzt die Debatte um faire Milchpreise und das Bienensterben am Oberrhein deutlich.

Vom angekündigten „Milchgipfel“ des Bundeslandwirtschaftsministers Seehofer ist nicht mehr viel übrig geblieben. Seine vorhergesagte Unterstützung sich für eine Erhöhung der Milchpreise auf 40 Cent je Liter einzusetzen ist verpufft in kleine „Hügel“. Der Minister wird jetzt zunächst Einzelgespräche mit Vertretern der Landwirtschaft, Milchindustrie und dem Einzelhandel führen, um offenbar erst einmal die Lage zu sondieren. Er verschleppt damit unnötigerweise die Bemühungen schnell zu einem Ergebnis zu gelangen. Wie er kurzfristig Abhilfe schaffen könnte geht aus dem Grünen Antrag "Rahmenbedingungen für Milchmarkt verbessern – faire Erzeugerpreise für Milch unterstützen" hervor, der in der vergangenen Woche in den Bundestag eingebracht wurde. Der Antrag macht Vorschläge einer zukunftsorientierten Milchpolitik, die geeignet ist, um die Überschüsse der Milchmenge vollständig vom Markt zu nehmen und eine moderne Milchpolitik mit stabilen und fairen Milchpreisen in der EU zu etablieren.

Das massive Bienensterben entlang der Rheinschiene aufgrund der Anwendung des Pflanzenschutzmittels Chlothianidin hat 7000 badische Imker und ihre Bienenvölker, aber auch Wildbienen und andere Insekten massiv betroffen. Das Pflanzenschutzmittel wird üblicherweise gegen den Schädling Maisbohrer eingesetzt. Wir erwarten jetzt vom Land, dass den Imkern eine ordentliche Entschädigung zukommt, damit wieder Leben in die Bienenstöcke kommt.

Darüber hinaus muss Minister Hauk die politische Verantwortung für seine Anweisung zum Einsatz des Giftes übernehmen und das Scheitern seiner Chemiekeule eingestehen. Statt Gifteinsatz mit unübersehbaren kurz- und langfristigen Folgen steht die Rückbesinnung auf eine vernünftige Landwirtschaft mit Mehrfelderwirtschaft etc. an.

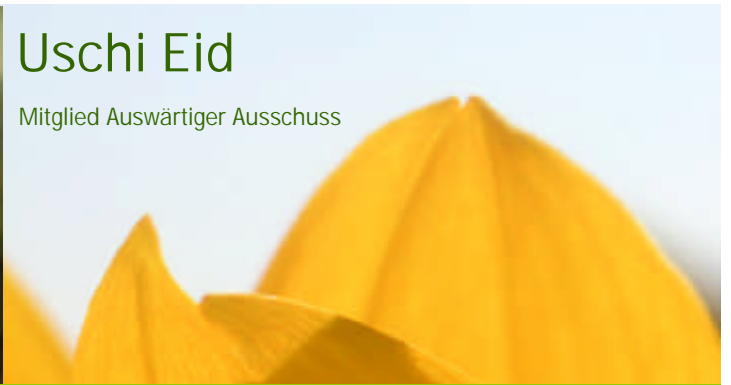
Afghanistan

Die Bundesregierung hat diese Woche angekündigt, dass im Herbst das ISAF-Mandat um 1.000 Personen aufgestockt werden soll. Die Erhöhung der Obergrenze sei für die Absicherung der Präsidentschaftswahlen und der zusätzlichen Ausbildung von Sicherheitskräften notwendig. Rein militärisch betrachtet ist die Heraussetzung der Obergrenze für das deutsche ISAF-Kontingent nachvollziehbar. Eine rein militärische Betrachtung wird der Lage in Afghanistan aber nicht gerecht. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Afghanistan-Konferenz im zivilen Bereich nur schwache Signale gesetzt hat, geht durch diese Pläne die Schere zwischen militärischer Friedenssicherung und zivilem Wiederaufbau weiter auf. Eine verantwortliche Afghanistanpolitik braucht dringend eine ehrliche Bestandsaufnahme und realistische, überprüfbare Ziele. Nur auf ihrer Grundlage kann eine Wende zum Besseren geschafft werden und kann die deutsche Afghanistanpolitik Glaubwürdigkeit und Akzeptanz zurückgewinnen.



Uschi Eid

Mitglied Auswärtiger Ausschuss



Der Welternährungsgipfel in Rom: Außer Spesen nichts gewesen?!

Seite 8

Anfang Juni fand in Rom der Welternährungsgipfel statt. Leider ohne konkrete Ergebnisse hinsichtlich der langfristigen Bekämpfung von Unterernährung und Hunger. Selbstverständlich war dieser Gipfel notwendig, weil sich der Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln dramatisch zuspitzt und sich der Hunger in der Welt verschärft. Doch es ist sehr ärgerlich, dass in Rom Entscheidungsträger zusammenkamen, denen der politische Wille fehlte, das umzusetzen, was sie auf Dutzenden von Gipfeln und besonders eindrucksvoll bei der Millenniumsversammlung in New York im Jahr 2000 bereits beschlossen hatten. Geradezu aberwitzig war die Teilnahme des simbabwischen Präsidenten Robert Mugabe, der sein Land so ruiniert hat, dass es sich nicht mehr selbst ernähren kann, obwohl es früher Lebensmittel in das ganze südliche Afrika exportierte.

Die Ergebnisse des Gipfels sind enttäuschend: Es wurden nur wenige Sofortmaßnahmen verabschiedet, dagegen viele in der Vergangenheit angekündigten Verpflichtungen lediglich bekräftigt. Seit Jahren habe ich mich für langfristige strukturbildende Maßnahmen eingesetzt: Stärkung der Agrarforschung, Verbesserung der ländlichen Infrastruktur (Ausbau der Transportwege und der Marktplätze), Verringerung von Verlusten durch verbesserte Lagerhaltung, Züchtung von ertragreichen Sorten, wie es beispielsweise mit dem Nerika-Reis in Westafrika gelungen ist. Dringend müssen Anbauflächen ausgeweitet werden – Tansania z.B. bewirtschaftet nur 6% seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche – und Eigentumsverhältnisse im Rahmen von Landreformen geklärt werden.

Die Produktion von Biotreibstoffen führt trotz gegenteiliger Behauptungen nicht zwingend zur Verschlechterung der weltweiten Ernährungslage.

Der Anbau entsprechender Pflanzen kann auch für Kleinbauern große Chancen bieten, wenn er nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion tritt – dies zeigten auch Referenten bei der Tagung des LAK Internationals in Stuttgart. Die Jatrophapflanze z.B., und ihre Früchte – bei uns bekannt als „Purgiernuß“ – erfüllt dieses Kriterium, denn dieses Wolfsmilchgewächs gedeiht in Trockensavannen, wo sonst nichts wächst. Sie ist nicht nur ein hochwertiger Grundstoff für die Energieproduktion, sondern trägt auch dazu bei, die Ausdehnung von Wüsten zu begrenzen.

Besonders ärgerlich ist, dass die Entwicklungsministerin am lautesten die heutige Notlage beklagt, sie es aber war, die – trotz heftigsten Widerstand meinerseits als Staatssekretärin – die Mittel für die landwirtschaftliche Entwicklung und Agrarforschung massiv gekürzt hat.

Ungewöhnliche Koalition: Grüne und Liberale schlagen Uschi Eid gemeinsam als Kandidatin der Opposition für den Rundfunkrat der Deutschen Welle vor

Die Deutsche Welle ist das Deutsche Auslandsradio schlechthin – alle, die ins Ausland reisen, kennen sie. Aber nicht nur Urlauber hören sie, sondern auch Menschen, die nur Amharisch, Kisuaheli, Arabisch oder Spanisch sprechen. Sie ist sozusagen die Stimme Deutschlands in der Welt. Deswegen ist es nicht unerheblich, wer im Rundfunkrat sitzt, der aus 17 ehrenamtlichen Mitgliedern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft besteht und über die Einhaltung der Programmgrundsätze wacht. Aus der Politik sind derzeit ausschließlich Mitglieder von CDU/CSU und SPD vertreten.

Auch bei der Neuwahl von zwei Rundfunkräten aus dem Kreise des Bundestages schlug die Große Koalition lediglich Mitglieder aus ihren eigenen Reihen vor. Dies wollten wir GRÜNEN und die FDP nicht akzeptieren. Auf Vorschlag der FDP ging ich als gemeinsame Kandidatin der GRÜNEN und der FDP ins Rennen. Wie vorherzusehen war, wurde ich trotz der leidenschaftlichen Plenardebatte des Ausschuss-Vorsitzenden für Kultur und Medien, Hans-Joachim Otto, nicht gewählt. Dass ich mit 138 Stimmen mehr erhielt als GRÜNE und FDP zusammen aufbringen, hat mich sehr gefreut. Auch die Tatsache, dass sich manche Kolleginnen und Kollegen aus der SPD und der CDU bei mir entschuldigten, mich wegen des Fraktionszwanges nicht gewählt zu haben, fand ich ganz sympathisch.

Fraktionsreise nach Polen vom 9.-11. Juni 2008

Diese Reise hatte nicht – wie man vielleicht hätte annehmen könnte – eine Nachbesprechung des EM-Fußballspiels zum Ziel, das einen Abend zuvor zwischen der deutschen und polnischen Fußballnationalmannschaft stattgefunden hatte. Vielmehr war unser Anliegen die Pflege der deutsch-polnischen Beziehungen, die erfreulicherweise seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Donald Tusk im November 2007 wieder positiver sind. Auf Anregung von Rainder Steenblock, unserem europapolitischen Sprecher und mir, als Sprecherin für Auswärtige Kulturpolitik, hat die Fraktion beschlossen, dieses Jahr Polen zu einem Schwerpunkt unserer Europapolitik zu machen.

Renate Künast, Jürgen Trittin, Rainder Steenblock, Jerzy Montag, Manuel Sarrazin und ich nahmen an der Reise teil. Wir führten interessante Gespräche u.a. mit dem polnischen Umweltminister (über die Klimapolitik und Energiesicherheit in der EU), dem Berater des Minister

präsidenten, Duda, (über die deutsch/polnischen Beziehungen und die Rolle Russlands), dem Chefredakteur der größten überregionalen polnischen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“, Adam Michnik und mit Vertretern der polnischen Grünen. Mit dem stellvertretenden Kulturminister, dem Leiter der Stiftung deutsch-polnische Zusammenarbeit und dem Goethe-Institut sprach ich über aktuelle kultur- und bildungspolitische Themen, so z.B. über das deutsch-polnische Jugendwerk und über die Möglichkeiten einer gemeinsamen EU-Außenkulturpolitik. Insgesamt ging es vor allem um Aspekte der europäischen Integration und der Erinnerungskultur wie z.B. die von Donald Tusk vorgeschlagene Gründung eines „Museums des Zweiten Weltkrieges“ in Danzig.

Es ist unserer Fraktion ein großes Anliegen, die Beziehungen zu Polen zu intensivieren. Ich freue mich deshalb, dass der Unterausschuss des Deutschen Bundestages für „Auswärtige Kulturpolitik“ meinem Antrag gefolgt ist und den Kulturausschuss des polnischen Parlaments nach Berlin eingeladen hat. Dieser hat die Einladung bereits angenommen und wird im Herbst unseren Ausschuss besuchen. Auch der Gegenbesuch unseres Ausschusses nach Warschau im nächsten Jahr ist bereits vereinbart.



Winne Hermann

Mitglied Sport- und Verkehrsausschuss

Klimaschutz im Verkehr: Verschoben und verwässert

Seite 10

Die Maßnahmen der Bundesregierung zum Klimaschutz im Verkehr bleiben weit hinter dem zurück, was notwendig ist. Nach dem Motto "verschieben und verwässern" werden Konflikte mit der Branche vermieden:

Die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Bezug wird in die nächste Wahlperiode geschoben.

- Auf europäischer Ebene werden von Bundeskanzlerin Merkel persönlich die CO₂-Grenzwerte für Pkw nach dem Wunsch des Verbands der Automobilindustrie de facto auf 2015 verschoben.

- Die Lkw-Maut wird zwar leicht angehoben, die Bemauerung von Lkw ab 3,5 Tonnen und von Bundesstraßen wird aber nicht gemacht.

- Die Erhöhung der Beimischquote für Biokraftstoffe war ohnehin der falsche Weg und ist ebenfalls gescheitert.

- Eine verbraucherfreundlichere CO₂-Kennzeichnung von Pkw wird verschoben bis Brüssel einen Vorschlag vorgelegt hat.

So steigen die Klimaschäden durch den Verkehr fast ungebremst weiter an. Eine Wende Richtung klimafreundliche Mobilität ist nicht in Sicht. Nimmt man den stark wachsenden Luftverkehr und Schiffsverkehr mit in den Blick, ist sogar von einer Erhöhung der CO₂-Emissionen des Verkehrs auszugehen.

Dabei könnte auch der Verkehrsbereich viel zum Klimaschutz beitragen, wenn die große Koalition den Willen dazu hätte. Ein Tempolimit auf Autobahnen von 130 km/h würde sofort 2,5 – 3 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Eine Beschränkung der steuerlichen Subventionierung von Dienstwagen und ein CO₂-Grenzwert von 120 Gramm für Neufahrzeuge ab 2012 und 80 Gramm ab 2020 ohne wenn und aber würde zu neuen, wesentlich verbrauchsärmeren Autos führen.

Eine konsequente Politik der Verlagerung von Verkehr auf die Schiene, der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Förderung des Rad- und Fußverkehrs in den Städten würden den Klimaschutz im Verkehr ebenfalls voran bringen.

Chronik: Bahnprivatisierung als Farce

++ Januar/ Februar 2008: Streit in der Koalition - keine Mehrheit für Privatisierungsgesetz - Koalition schafft Fakten für Bahnprivatisierung am Bundestag vorbei - Zwischen Regierung und DB AG existieren schon Vertrag und Zeitplan - Grüner Antrag „Kein Bahnprivatisierung am Parlament vorbei“.

++ März 2008: Grüne Protestaktionen und Parteiratsbeschluss „Bahnprivatisierungspläne der Großen Koalition stoppen“ - Teile des Holding-Modells werden öffentlich - Abgeordnete müssen Details den Medien entnehmen - tumultartige Szenen im Verkehrsausschuss - Regierung und Verkehrsministerium verweigern weiter Auskünfte.

Bekannte Pläne: Neue Transport-Holding unter dem Dach des DB -Mutterkonzerns, max. 49,9 Prozent können an Private verkauft werden, Schienennetz und Bahnhöfe zwar nicht direkt betroffen, aber mittelbar unter Renditedruck der Privaten, Großteil der Privatisierungserlöse nach Willen von Bundesregierung und Bahnvorstand an DB AG, Rest an den Bund.

++ April 2008: Große Koalition verhindert Expertenanhörung zum Holding-Modell im Bundestag - Anhörung in Eigenregie durch Opposition, große Resonanz bei Fachverbänden, Ergebnis: Umwelt- und Verkehrsverbände teilen unsere Kritik am Modell und befürchten wie wir Ausdünnungen im Fernverkehr und Stilllegungen im regionalen Schienennetz, FDP und Wirtschaftsverbände für Holding-Modell als Einstieg in Vollprivatisierung.

30. April: Bundeskabinett beschließt Bahnprivatisierung per Holding-Modell, Verkauf von max. 24,9 Prozent der Transporttöchter möglich.

++ Mai 2008: Parlamentarische Farce: Länder befürchten Einschränkungen im Flächenverkehr - Tiefensee erklärt Gesetzentwurf für „überflüssig“ - Im „Schweinsgalopp“ wird stattdessen eine Resolution durchs Parlament gedrückt – Selbst eigene Experten äußern reichlich Kritik am Holding-Modell, die jedoch von der Koalition ignoriert wird - Grüne beantragen namentliche Abstimmung - 30. Mai: Große Koalition beschließt Bahnprivatisierung per Holding-Modell, gegen Stimmen der Opposition und einiger SPD-Abgeordneter.

Besonders skandalös: Abgeordnete stimmen zu, ohne Ausgestaltung der Verträge mit der DB AG zu kennen. Parlamentarier von CDU/CSU und SPD entmachten sich mit Privatisierungsbeschluss selbst und ebenso das gesamte Parlament.

Grünes Fazit: Nach jahrelangem Tauziehen ist eine Entscheidung zu Lasten der BahnkundInnen gefallen. Schiene als umweltverträglicher Verkehrsträger, mit flächendeckendem Netz auch im ländlichen Raum, die soziale Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten ermöglicht, wird einer Renditebahn geopfert, die nur noch dort fährt, wo es sich rechnet.

Wir Grünen wollen statt Börsenplänen endlich ein Gesamtkonzept zu Entwicklung des Schienenverkehrs, mit dem klaren Ziel: mehr Menschen und Güter umweltfreundlich zu bewegen. Dringend notwendig ist ein neuer gesetzlicher Rahmen für den Schienenpersonenfernverkehr, vergleichbar dem Regionalisierungsgesetz für den Nahverkehr.

Olympia in Peking und die Menschenrechte

In meiner Funktion als sportpolitischer Sprecher werde ich im August die Olympischen Spiele in Peking besuchen. Ich fahre nach langem Zögern und Abwägen und mit gemischten Gefühlen mit dem Sportausschuss nach Peking. Letztendlich war für meine Reisetilnahme ausschlaggebend, dass sich die grüne Kritik an der Menschenrechtssituation in China besser vor Ort in Peking verdeutlichen lässt. Man muss der chinesischen Führung deutlich machen, dass Menschenrechtsverletzungen nicht hinnehmbar sind.

Oft wird die Frage gestellt, welche Rechte denn nun die Sportlerinnen in Peking haben. Tatsache ist:: Die IOC-Charta untersagt politische Demonstration oder Propaganda der Sportlerinnen an den Wettkampfstätten. Es zeichnet sich leider schon jetzt eine restriktive Auslegung durch das IOC ab. Ich meine aber, dass beispielsweise ein Armband mit der Aufschrift „sports for human rights“ nicht vom IOC verboten werden kann. Es wäre grotesk, wenn mündige Athleten kreativ ihre Meinung sagen und dann von den schweigenden IOC-Granden von Olympia ausgeschlossen werden würden.

Unsere grüne Forderung bleibt: Ein Bekenntnis der Athletinnen zu den Menschenrechten darf nicht sanktioniert werden.

Mehr dazu unter: www.winnehermann.de



Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit



Das grüne Gesetzbuch darf nicht grau werden

Seite 12

oder: Wie die Große Koalition aus einem großen Projekt eine große Enttäuschung macht

Das deutsche Umweltrecht ist in viele Einzelgesetze zersplittert. Das macht es schwer überschaubar und seine Umsetzung aufwändig. Nicht selten ist das deutsche Umweltrecht zudem nicht auf der Höhe der Zeit. Das macht es ineffektiv beim Schutz von Natur und Umwelt.

Ein einheitliches Umweltgesetzbuch (UGB) wollen fast alle. Vor vielen Jahren hat sich eine Umweltministerin Merkel daran versucht - und ist gescheitert. Auch Jürgen Trittins Anlauf verlief im Sande, weil eine Bündelung des Umweltrechts sich nicht mit föderalen Rechten der Länder vereinbaren ließ.

Seit der Änderung des Grundgesetzes im Rahmen der Föderalismusreform gibt es nun keine formalen Hemmnisse mehr für ein UGB. So konnte die Große Koalition versprechen, in dieser Legislaturperiode den ersten Teil des UGB in Kraft zu setzen.

Der Regierung fehlt die Kraft zum Umweltschutz

Leider deutet inzwischen einiges darauf hin, dass die ehemalige Umweltministerin und der jetzige Umweltminister eines ihrer zentralen Projekte in den Sand setzen. Innerhalb der Regierung gibt es offenbar Kräfte, die das Umweltgesetzbuch nutzen wollen, den Naturverbrauch und die Umweltzerstörung zu befördern statt zu vermindern. Spätestens ab April waren die Lobbys in Fahrt gekommen. Vor allem aus Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium will man über das UGB missliebige Umweltstandards entsorgen. Würde der jetzt vorgelegte Regierungsentwurf Gesetz, dann würde nicht nur der von den Umweltverbänden erhoffte „ökologische Mehrwert“ verschenkt, vieles würde sogar schlechter.

Ein Umweltgesetzbuch ohne Klimaschutz?

Das UGB lässt wichtige umweltpolitische Fragen ungeregelt. So kommt – mit Ausnahme des Emissionshandels, der aber bereits durch europäisches Recht vorgegeben ist – die gesamte klimapolitische Herausforderung im UGB-Entwurf nicht vor. Die Chance, den Neubau klimazerstörender Kohlekraftwerken zu verhindern oder zu begrenzen wurde nicht genutzt. Während der Schutz vor dem Ausstoß anderer Schadstoffe aus Industrieanlagen bis ins letzte Detail vorgeschrieben ist, gibt es ausgerechnet für den Klimakiller CO₂ keine Begrenzungen. Die Kohlelobby hat mächtige Fürsprecher. Der politischen Lage wäre es angemessen gewesen, die Genehmigungsverfahren für neue Kraftwerke so zu gestalten, dass nur noch hocheffiziente Anlagen mit mindestens 58 % elektrischer Wirkungsgrad und Kraft-Wärme-Kopplung gebaut werden dürfen.

Nicht nur den Klimaschutz klammert der UGB-Entwurf aus. Das Bergrecht, mit dessen Hilfe Umweltdesaster im Kohletagebau oder beim Ausräumen oder Verfüllen unterirdischer Flöze rechtlich privilegiert und oft erst ermöglicht werden, bleibt vollständig unberücksichtigt. Das Atomrecht mit seinen gigantischen Umweltgefährdungen taucht nicht auf. Selbst die Erneuerbaren Energien, die eigentlich im UGB normiert werden sollten, wurden nach Intervention des Wirtschaftsministeriums wieder herausgenommen.

Getilgt hat die Regierung auch die im ersten Referentenentwurf noch enthaltenen Bekenntnisse zu Ressourcenschutz und Produktverantwortung. Kein Wort findet sich zum Schutz vor der Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen, der nach EU-Recht in ökologisch sensiblen Gebieten restriktiver hätte geregelt werden können.

Der gesamte Verkehrsbereich fehlt. Im Regierungsvorschlag findet sich nichts zur Planung von Straßenbau, nichts zu Tempobegrenzungen und nichts zur umweltfreundlichen Regulierung des Flugverkehrs. „Ökologischer Minderwert“ statt „ökologischer Mehrwert“? Kein Umweltgesetzbuch, das die Standards senkt

Die Regierung will im UGB aber nicht nur ökologisch relevante Bereiche ignorieren. In klassischen Umweltfeldern drohen zudem Rückschritte und Deregulierung bereits erreichter Schutznormen.

Ausgerechnet bei Biodiversität, Natur- und Artenschutz klafft eine erstaunliche Lücke zwischen den hochtönen den Verlautbarungen der Regierung auf internationalem Parkett und den die „Mühen der Ebenen“ gestaltenden Regelungen des UGB. Oben mimt das Öko-Dream-Team Merkel/Gabriel die Engel aller Eisbären, unten wird die Ausrottung allen möglichen Getiers schulterzuckend betrieben.

In der bisherigen Naturschutzgesetzgebung gilt das Prinzip, dass umweltschädliche Eingriffe in Naturschutzflächen „real“ kompensiert werden müssen. Wer Schäden an Tier- und Pflanzenwelt oder deren Lebensräumen verursacht, muss bislang in regionaler Nähe zu dem Eingriff gleichwertigen Lebensraum für Flora und Fauna schaffen. Diese so genannte „Realkompensation“ wollen die beiden bayrischen CSU-Minister Glos und Seehofer jetzt über das UGB kippen. Sie wollen, dass Naturverlust durch Geld ausgeglichen werden kann. Dieser moderne Ablasshandel würde Naturzerstörung und Artensterben in Deutschland beschleunigen.

Auch beim Gewässerschutz war die Agrarlobby fleißig. Im ersten UGB-Entwurf vorgesehene geschützte Gewässerrandstreifen sollen nicht mehr 10m sondern nur noch 5m breit sein. Das Verbot von Pflanzenschutz- und Düngemitteln soll dort aufgehoben werden.

Auch der zunächst vorgesehene Vorrang natürlicher oder naturnaher Maßnahmen zum Hochwasserschutz vor technischen Regelungen wurde von der Bundesregierung ersatzlos gestrichen. Selbst der Bodenschutz soll im UGB außen vor bleiben. Kein Wort von der immer beschworenen Reduzierung des Flächenverbrauchs. Das im ersten Entwurf noch genannte Ziel, „Böden vor Versiegelung, Verdichtung, Humusverlust und Erosion zu bewahren“, fehlt im jetzigen Regierungsvorschlag.

Die Öffentlichkeit raushalten?

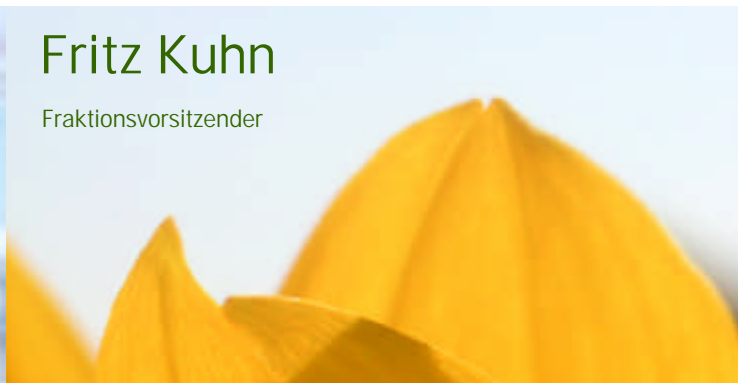
Bei solchen unambitionierten Vorstellungen über ökologische Notwendigkeiten wundert es nicht, dass die im UGB vorgesehenen Rechte der Öffentlichkeit hinter europäische Vorschriften zurückfallen. So soll der Klageweg gegen Ökosünden weiter an die Verletzung subjektiver Rechte gebunden sein. Eine bürgernahe Ausgestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung und des Verbandsklagerechts von Umweltverbänden soll es nicht geben. Würden solche Regelungen im UGB festgezurr, droht Deutschland – zu Recht - ein EU-Vertragsverletzungsverfahren. Die Behäbigkeit der Großen Koalition bei der Ausgestaltung des UGB ist vor dem Hintergrund der bei der Föderalismusreform beschlossenen zeitlichen Vorgaben für bundeseinheitlich verbindliche Rechtsregelungen kaum verständlich. Wenn die Regierung kein UGB zustande bekommt, droht eine nur schwer rückholbare Zersplitterung des deutschen Umweltrechts. Wir werden einem UGB nur dann zustimmen, wenn es die Verwässerungsversuche der Lobbyisten zurückweist, die bewährten Umweltstandards erhält und sich den aktuellen klimapolitischen und Umwelt-Herausforderungen auf der Höhe der Zeit stellt. Nur dann hat es den Namen Umweltgesetzbuch auch wirklich verdient. Ein ausführliches Eckpunktepapier der Bundestagsfraktion zum UGB findet ihr unter:

http://www.kotting-uhl.de/themen/umweltgesetz/0806_sku_positionspapier_umweltgesetzbuch.pdf



Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender



Große Koalition ist handlungsunfähig

Seite 14

Das Klimapaket der Regierung ist tot!

Klimakanzlerin adé! Merkels Klimapaket scheitert grandios. Vor einem Jahr verkündete die Regierung in Meseberg das Ziel, die deutschen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu senken. Doch zugleich unterstützt die Bundesregierung den Bau von bundesweit bis zu 25 neuen Kohlekraftwerken, in der vagen Hoffnung auf eine CO₂-Abscheidungstechnologie CCS, deren technischer Einsatz und wirtschaftlicher Betrieb in den Sternen steht.

Merkels großspurig verkündete Klimaschutzbeschlüsse von Meseberg sind inzwischen in der Regierung kleingehackt, verschoben oder fallen gelassen worden. Die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung wird gedeckelt, die Nutzung erneuerbarer Wärmequellen im Wohnungsbau wird nur für Neubauten vorgeschrieben. Obwohl gerade beim Altbaubestand die größten Einsparmöglichkeiten bestehen. Die Regierung Merkel verpasst es, systematisch über die Breite der Felder Anreize zu schaffen Energie einzusparen und CO₂-Ausstoß zu vermeiden. Dabei wäre gerade dies auch die richtige und tragfähige Antwort auf die Frage der sozialen Härten durch steigende Energiepreise. Kein Sozialtarif à la Gabriel kann dauerhaft durch staatliche Subventionen die Weltmarktpreisentwicklung auffangen.

Beim Klimaschutz im Verkehrssektor tritt Merkel auf die Bremse. Einfache und effektive Maßnahmen wie ein Tempolimit auf Autobahnen lehnt die große Koalition ab. Die Kfz-Steuerreform ist gescheitert. Auf der europäischen Ebene versagt Merkel beim Klimaschutz, weil sie sich von den deutschen Autoherstellern vor den Karren spannen lässt und Grenzwerte und Fristen verwässert. Der ökologische Innovationsdruck wird erheblich abgeschwächt, für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Autos ist das auf längere Sicht ein Phryrus-Sieg.

Bei der Teilprivatisierung der Deutschen Bahn AG haben verkehrs- und klimapolitische Zielsetzungen erst recht keine Rolle gespielt. Herausgekommen ist ein schiefes Konstrukt, das Union und SPD zwar vor ihren Anhängern vertreten können - großer Gewinner ist jedoch allein Bahnchef Mehdorn. Er wird mit den Milliarden des Verkaufserlöses auf internationale Einkaufstour gehen, wo für Anleger die größte Rendite wartet. Immer mehr Menschen in Deutschland werden vom Schienenverkehr abgekoppelt. Statt einer Politik für mehr Wettbewerb und mehr Schienenverkehr hat die Regierung die Bahnpolitik nun im DB-Konzern monopolisiert.

Die Diskrepanz zwischen schönen Worten und realem Gehalt zeigt sich auch wieder beim neuesten Vorstandspapier der CDU zur „sozialen und ökologischen Marktwirtschaft“, mit dem sie sich grün anstreichen will. Aber klare Rahmenbedingungen für einen ökologisch erfolgreichen Markt sind darin nicht zu finden. An der Atomkraft wird festgehalten. Atom- und neue Kohlekraftwerke werden gar als Beitrag zum Klimaschutz angepriesen. Ein ökologisches Umlenken der Verkehrs- und vor allem der Kfz-Politik fehlt. Der grüne Anstrich blättert schon ab, weil die Grundierung nicht stimmt.

Die Föderalismusreform ist tot!

Unter Nachhaltigkeit verstehe ich nicht nur eine Politik, die auf Umwelt und Soziales gerichtet ist. Auch die Staatsfinanzen müssen in Ordnung sein. Ohne Not hat keine Generation das Recht, sich zu Lasten künftiger Generationen zu verschulden. Der jahrzehntelange Verzicht auf Nachhaltigkeit in der Haushaltspolitik hat Deutschland in die Schuldenfalle geführt und den Schuldenberg der öffentlichen Haushalte von 1,5 Billionen

Euro aufgetürmt. Alle Parteien sind sich inzwischen darüber einig, dass ein wesentlicher Grund für diesen Schuldenberg die seit 1969 geltenden Regeln des Haushaltsrechts sind. Hier Änderungen herbeizuführen wurde die Föderalismuskommission II eingesetzt.

Mit ihrer Mehrheit in Bundesrat und Bundestag verfügt die große Koalition über die notwendigen Voraussetzungen, um politische Antworten auf die Vielschichtigkeit der Verschuldungsprobleme von Bund und Ländern geben zu können. Notwendig sind aber auch politischer Wille und Durchsetzungskraft. Doch die beiden Vorsitzenden der Föderalismuskommission, Ministerpräsident Günther Oettinger und der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck, besitzen nicht die nötige Kraft. Und der politische Wille fehlt offensichtlich bei der Kanzlerin und CDU-Vorsitzenden Angela Merkel und ihrem SPD-Kollegen Kurt Beck. Um vom Stillstand abzulenken, werden Heerscharen von Verwaltungsbeamten durchs Land geschickt, die zahllose Papiere mit zumeist Altbekanntem verbreiten.

Föderalismusreform in grün

Das komplexe Zukunftsthema verlangt nach einer durchdachten Paketlösung. Grüne aus Kommunen, Länder und Bundestagsfraktion haben über mehrere Monate solch ein Paket erarbeitet. Kernstück ist eine Verschuldungsregel für Bund und Länder. Diese erlaubt die Kreditaufnahme während eines Konjunkturabschwungs und fordert Haushaltsüberschüsse im Aufschwung. Zusätzlich dürfen Nettoinvestitionen durch Kredite finanziert werden.

Stark verschuldete Länder können einer solchen Schuldenbremse nur zustimmen, wenn sie Unterstützung bei ihren überdurchschnittlich hohen Zinslasten erhalten.

Deshalb schlagen wir vor, einen Teil der Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag, die nicht mehr für den Aufbau Ost benötigt werden, hierfür einzusetzen. Außerdem erhalten alle Bundesländer das Recht, durch Hebesätze auf geeignete Gemeinschaftssteuern ihre Steuereinnahmen zu verbessern. Abschläge sind verboten, um einen Dumpingwettbewerb zu verhindern.

Die Kommunen werden bei der Diskussion oft vergessen. In einigen Bundesländern werden die Kommunen durch zusätzliche Aufgaben immer mehr belastet, ohne dafür die erforderlichen Finanzmittel zu bekommen. Wir fordern, dass die notwendige Finanzausstattung der Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Grundgesetz verankert wird.

Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands hängt neben einer Lösung des Verschuldungsproblems auch von einer Lösung der Bildungsfrage ab. Die Föderalismusreform I hat die Zuständigkeit für Bildung den Ländern zugewiesen. Nun zeigt der Nationale Bildungsbericht erneut erhebliche Schwachstellen auf und es reden wieder alle von Bildung. Die Kanzlerin will zum Bildungsgipfel rufen. Aber sie reden nicht über die Finanzierung. Wir nutzen die Diskussion um die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und schlagen vor, die bildungspolitische Finanzkraft der Länder über einen Bildungssoli zu stärken. Der Bildungssoli wird aus dem verbleibenden Teil der überschüssigen Einnahmen des Solidaritätszuschlags finanziert.



Gerhard Schick

Mitglied Finanzausschuss



CO₂hle – Nein Danke

Seite 16

Klimaschutz aktuell: Was die Kampagne gegen ein neues Kohlekraftwerk in Mannheim mit den Bankern in Frankfurt zu hat

In Karlsruhe ist es, leider, beschlossene Sache. In Mannheim tun Konzernchefs und Stadtspitze so, als sei es beschlossene Sache. Ist es aber nicht: Der Neubau eines Kohleblocks mit über 900 Megawatt Leistung beim Großkraftwerk Mannheim (GKM) ist noch lange nicht durch. Geräuschlos wollte sie den Kraftwerksneubau durchwinken: eine Allianz aus dem Oberbürgermeister und seinem Amtsvorgänger, dem mehrheitlich städtischen Energiekonzern MVV, der wiederum zusammen mit RWE und Eon das GKM betreibt, sowie aus den Parteien CDU, SPD, FDP, Mannheimer Liste und Bürger-Union. Die Herren wussten, warum sie kein Aufsehen wollten: Die Bevölkerung steht nicht hinter ihnen. Obwohl die Gegenargumente in Mannheim lange unter den Teppich gekehrt wurden, sind 36 Prozent der Bevölkerung gegen den Neubau, gerade mal 39 Prozent sind dafür, während ein Viertel in dieser Frage unentschieden ist. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen.

Eine Kampagne also, von den Grünen in Mannheim gemeinsam auf die Beine gestellt mit einer überparteilichen Initiative für Klima und Energie (ikema) und dem BUND Nordbaden, hat das Thema GKM-Neubau zum Stadtgespräch gemacht. Mit dem Slogan „CO₂hle – Nein Danke“, einer Plakatkampagne, zahlreichen Veranstaltungen, unter anderem mit Bärbel Höhn, einer Demonstration, bei der Fritz Kuhn und ich redeten, und nicht zuletzt mit der Initialzündung für eine Ärzteinitiative haben wir Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) förmlich zum Jagen getragen: Erstmals in der Geschichte der Stadt Mannheim wurde eine Bürgerversammlung einberufen. Das Interesse war enorm.

Trotzdem verschließen CDU, SPD, FDP und bürgerliche Listen im Rat die Augen vor den negativen Folgen eines Kraftwerksneubaus. Sie wollen unter allen Umständen verhindern, in die Entscheidung über den neuen Kohleblock involviert zu werden – und so verbreiten sie die Mär, der Gemeinderat habe keine Einflussmöglichkeit, der Bau sei quasi beschlossene Sache. Wir haben dann mit einem grünen Antrag im Gemeinderat, der für das Gelände des Kraftwerksneubaus einen qualifizierten Bebauungsplan fordert, einen Weg gewiesen, damit öffentliche Belange wie Natur- und Umweltschutz am Kraftwerksstandort, aber auch die gesundheitlichen Auswirkungen berücksichtigt werden müssen. Der Gemeinderat hat mit den Stimmen aller anderen Fraktionen mit Ausnahme der Stadträtin der Linken Liste diesen Antrag der Grünen-Fraktion abgelehnt. Sonst können die Kommunalpolitiker von CDU und SPD in Mannheim nicht oft genug das Wort „Metropolregion“ in den Mund nehmen. Ausgerechnet bei den Auswirkungen des Kraftwerksbaus weit über die Stadtgrenzen Mannheims hinaus auf die Gemeinden der ganzen Metropolregion ist von der Metropolregion Rhein-Neckar aber nicht mehr die Rede. Das ist deshalb umso bemerkenswerter, als die Metropolregion in einer umfangreichen Studie vor kurzem erst ausgegeben hat: 100 Prozent erneuerbare Energien in der Metropolregion Rhein-Neckar sind möglich! Deswegen organisieren wir auch weiterhin den Protest in Mannheim direkt und in der Region und haben dabei – vielen Dank dafür! – bei unseren Aktionen die Unterstützung der Grünen aus Heidelberg, Schwetzingen, Viernheim, Ludwigshafen und anderen Orten in der Region. Beim Grünen-Landesausschuss am 14. Juni in Filderstadt hat sich auch die Landespartei hinter unsere Resolution gestellt. Die Medien haben das positiv vermerkt, den Kohlefreunden hat's gestunken.

Während man in Mannheim auf eine klimaschädigende Dinosauriertechnologie setzt, macht man sich nur eine halbe ICE-Stunde entfernt intensive Gedanken über den Klimaschutz – und zwar dort, wo man es eher nicht vermuten würde: In den Bankentürmen von Frankfurt. Denn spätestens seit dem Stern-Report aus 2006 ist klar: Der Klimawandel wird zunehmend zu einer ökonomischen Größe. Akteure der Finanzmärkte sollten daher ein ureigenes Interesse haben, das Klima zu schützen – das sehen sie zunehmend selbst so.

Das wurde deutlich bei der Tagung „Grün zahlt sich aus“, zu der der Grüne Bundesvorstand nach Frankfurt eingeladen hatte und an der ich als finanzpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion maßgeblich beteiligt war. Fast 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren gekommen.

Doch bei aller Bereitschaft, sich auf die ökologischen Themen einzulassen, hat das Thema Nachhaltigkeit den Kern des Finanzgeschäfts noch nicht erreicht. Mit meinem Team in Berlin habe ich einen kleinen Feldversuch gemacht und mich bei Banken über Anlagemöglichkeiten beraten lassen. Nur in ganz wenigen Fällen (darunter Gespräche bei einer auf ökologische Fragen spezialisierten Bank) sprachen die Anlageberater die Möglichkeit eines nachhaltigen Investments an. Und selbst auf Nachfrage haben wir bei etlichen Banken keinerlei und häufig falsche Informationen dazu bekommen. Manchmal wurde uns explizit davon abgeraten. Ich finde: Ethische, soziale und ökologische Kriterien gehören in jedes Beratungsgespräch für eine Fondsanlage. Nachhaltigkeit muss am Bankschalter ankommen. Das muss auch gesetzlich geklärt werden.

Klaus-Peter Müller, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken und Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank AG gestand ein, dass hier noch Nachholbedarf besteht und lobte die Vorreiterrolle unserer Partei: „Die Finanzmärkte können helfen, Umweltprobleme zu lösen. Danke, dass Sie uns wachgerüttelt haben.“ Damit gab er Reinhard Bütikofer recht, der die Bankenvertreter dazu aufgerufen hatte, „die Revolution zu finanzieren“, die es für den ökologischen Umbau der Wirtschaft brauche. Und darum genau geht es: Mit neuen Regeln für die Finanzmärkte einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Denn Investoren, die eine langfristige Perspektive einnehmen und Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen, würden wahrscheinlich kein Geld für ein wirtschaftlich unsinniges Kohlekraftwerk in Mannheim zur Verfügung stellen. Und genau diese Unterstützung brauchen wir beim Klimaschutz dringend.

Kerstin Andreae

Mitglied Wirtschaftsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71480
Fax 030/227-76481
kerstin.andreae@bundestag.de
www.kerstin-andreae.de

Mitarbeit: Rita Maria Lienesch (Büroleitung)
Michael Schröter, Holger Weber
(wissenschaftliche Mitarbeit)
WK: Per Klabundt, David Vaulont
Haslacher Str. 61, Freiburg,
Tel. 0761/88867-13, Fax -8886714

Uschi Eid

Mitglied Auswärtiger Ausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71575
Fax 030/227-76233
uschi.eid@bundestag.de
www.uschi-eid.de

Mitarbeit: Manuel Hublitz, Britta Schöffel
Britta Müller (Auswärtige Kulturpolitik),
Nina Odenwälder (Afrika, Wasserpolitik)
WK: Astrid Linnemann
Plochingen Str. 8, Nürtingen
Tel. 07022/37234, Fax -37321

Fritz Kuhn

Fraktionsvorsitzender
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71897
Fax 030/227-76896
fritz.kuhn@bundestag.de
www.fritz-kuhn.de

Mitarbeit: Marcus Becher (Büroleitung),
Boris Dehler, Sebastian Draeger, Astrid
Evert, Kathrin Kummerow, Klaus Müller,
(wissenschaftliche Mitarbeit), Maja Niko-
lovska, Ramona Schiller (Büro)
WK: Irene Gebauer
Rohrbacherstr. 39, Heidelberg,
Tel. 06221/167611, Fax -24908

Biggi Bender

Mitglied Ausschuss für Gesundheit
und Soziales
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71667
Fax 030/227-76667
birgitt.bender@bundestag.de
www.biggi-bender.de

Mitarbeit: Astrid Spiegel,
Annette Rausch, Fabian Engelmann
(wissenschaftliche Mitarbeit)
WK: Sandra Weber
Hermannstr. 5a, Stuttgart,
Tel. 0711/26346177, Fax -6151725

Winfried Hermann

Mitglied Sport- und Verkehrsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71949
Fax 030/227-76399
winfried.hermann@bundestag.de
www.winfriedhermann.de

Mitarbeit: Sabine Krüger (Umwelt & Verkehr),
Michael Baumbach (Sport),
Angela Kohls (Bahn & Verkehrspolitik)
WK: Jenny van Heeswijk, Chris Kühn,
Rümelinstr. 8, Tübingen,
Tel. 07071/252757, Fax -252559

Gerhard Schick

Mitglied Finanzausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-74535
Fax 030/227-76656
gerhard.schick@bundestag.de
www.gerhardschick.net

Mitarbeit: Kirsten Schiller (Büroleitung)
Philipp Bohle, Finn Gerlach, Claudia Tober
(wissenschaftliche Mitarbeit)
WK: Thomas Hornung, Damian Wiench
Waldhofstr. 4, Mannheim
Tel. 0621/4017252 Fax -8469

Alexander Bonde

Mitglied Haushaltsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71691
Fax 030/227-76991
alexander.bonde@bundestag.de
www.alexander-bonde.de

Mitarbeit: Thorsten Arzbach, Sebastian
Schäfer (wissenschaftliche Mitarbeit),
Ulrike Paschedag
WK: Marco Dieterle, Martin Kranz-Badri,
Karl-Friedrich-Str. 40, Emmendingen,
Tel. 07641/954545, Fax -954546

Sylvia Kotting-Uhl

Mitglied Ausschuss für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit,
Mitglied Verkehrsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-74742
Fax 030/227-76742
sylvia.kotting-uhl@bundestag.de
www.kotting.uhl.de

Mitarbeit: Rolf Gramm, Jörg Kaschubowski,
Nicoletta Salbach,
WK 1: Inge Behner
Hauptstr. 41, Neckargemünd
T: 06223 /866423 Fax -866813
WK 2: Ulrike Maier
Sophienstr. 58, Karlsruhe
Tel. 0721/1518687 Fax -1518690



Ein Draht nach Berlin: SÜDWEST GRÜN

Seite 19



SÜDWEST GRÜN wird als pdf-Datei versandt und kann mit Acrobat Reader geöffnet werden. Wer den Rundbrief regelmäßig beziehen will, kann sich durch eine Email an alexander.bonde@bundestag.de in den Verteiler aufnehmen lassen. Abbestellen könnt ihr auf dem gleichen Weg.

Alle Ausgaben von SÜDWEST GRÜN und weitere Informationen über die Landesgruppe Baden-Württemberg von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag sind auch nachzulesen unter: www.suedwestgruen.de oder www.landesgruppe-bawue.de. Aufgrund der großen Distanz zwischen Baden-Württemberg und Berlin können wir selbst nicht so oft in den Wahlkreisen unterwegs sein, wie wir es gerne möchten.

Daher seid ihr unser wichtigstes Bindeglied nach Hause und für uns ist es wichtig zu erfahren, was euch konkret „auf den Nägeln brennt“.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisbüros sind vor Ort für euch und eure Anliegen da und stehen in engem Kontakt mit uns Abgeordneten in Berlin. Eure Ideen, euer Engagement sind ein wichtiger Beitrag zu unserer parlamentarischen Arbeit.

Mehr unter
www.gruene-fraktion.de

Rundbrief der baden-württembergischen Grünen im Bundestag

V. i. S. d. P.
Alexander Bonde, MdB
Redaktion: Ulrike Paschedag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227-71691
Fax 030/227 76991
E-Mail: alexander.bonde@bundestag.de
<http://www.alexander-bonde.de>

Südwest Grün | Juli 2008

